

STEUER GEGEN DIE KRISE KÄMPFEN

Millionäre Beitrag leisten!

der aktuellen Krise. Gleichzeitig hat die Bundesregierung im Eiltempo ein Bankenrettungspaket geschnürt, das eine Schande ist. Während eine Berufsgruppe nach der anderen um „ihren Beitrag zur Krisenbewältigung“ verdonnert wird, stehen den Mitverursachern der Misere 100 Milliarden Euro aus Steuergeldern zur Verfügung. Auch bisher haben sich die Banker fleißig bedient.

Beispielsweise wäre Erste-Bank Chef Andreas Treichl, wäre gezwungen, seinen Beitrag zur Bewältigung der Krise zu leisten. Mit einem Gehalt von fast fünf Millionen Euro pro Jahr verdient der ÖVP-nahe Banker das Fünffache jener Summe, deren Besitz die KPÖ mit einer fünfprozentigen Reichensteuer belasten würde. Neben Treichl wären noch rund 70.000 andere Euro-Millionäre von der neuen Steuer betroffen. Insgesamt rechnet die KPÖ mit fünf Milliarden Euro, die – zweckgebunden

– für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Bildung verwendet werden könnten.

Die KPÖ hat eine Petition an den Nationalrat für eine Reichensteuer eingeleitet. Unterschreiben auch Sie! (Liste Seite 2) Dennoch: *Die Reichensteuer kann nur ein erster Schritt von vielen sein, um zu einer fairen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu gelangen.* „Es geht um an Maßnahmen, die nachhaltig mehr Gerechtigkeit bringen“, fordert KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler.

Freiwillig werden die Reichen ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand freilich nicht leisten. Man wird sie schon dazu zwingen müssen. Durch öffentlichen Druck und politische Aktionen. Auch Fragen zu stellen, die über die bestehende Wirtschaftsordnung hinausweisen. Wann, wenn nicht jetzt, angesichts der Bankrotterklärung des Kapitalismus, sollte die Zeit dafür gekommen sein?

MEINUNG



Ernest Kaltenegger,
KPÖ-Clubobmann im Landtag

Nur die Taten zählen!

Die arbeitenden Menschen tragen die Hauptlast der Wirtschaftskrise. Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit, Verzicht auf Sozialleistungen und sogar Lohnkürzungen stehen vielen ins Haus. Da der Unmut in der Bevölkerung wächst, fürchten auch etliche Politiker um ihre Positionen. Auf einmal werden Rufe nach einer stärkeren Besteuerung der Reichen laut, selbst von jenen, die in der Vergangenheit rein gar nichts in diese Richtung getan haben.

Auch Landeshauptmann Voves hat plötzlich die Vermögenden im Visier. Leider nur dort, wo er selbst keine Zuständigkeit hat. Die Bundesregierung solle endlich Maßnahmen für eine gerechtere Besteuerung beschließen. Tut sie es nicht, dann kann er weiter, wenigstens bis zur nächsten Landtagswahl, publikumswirksam poltern.

Dort wo der Landeshauptmann selbst etwas bewirken könnte – ohne auf die Wiener Zentralstellen angewiesen zu sein – schaut die Sache ganz anders aus: Als die KPÖ beispielsweise bereits 2006 im Landtag eine höhere Besteuerung der profitablen Glücksspielkonzerne beantragte, blockte die SPÖ gemeinsam mit der ÖVP ab. Bis heute! Dabei bräuchte man sich in diesem Fall nicht auf den Bund auszureden, da hier das Land die Entscheidungsbefugnis hat. Hätte die SPÖ dem KPÖ-Antrag zugestimmt, wäre im Landtag auch die erforderliche Mehrheit vorhanden.

Aiso, Herr Landeshauptmann, lassen Sie doch ihren Worten auch einmal Taten folgen!

Ernest Kaltenegger,
0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

VOLKSSTIMME-UMFRAGE: Was halten Sie von einer Reichensteuer?

Wie stehen die Steirerinnen und Steirer zur Steuer auf Geldvermögen von mehr als einer Million Euro (13,76 Millionen Schilling)?

Wenn jemand eine Million Euro an Barvermögen hat, kann er schon



was zahlen. Nicht treffen sollte es aber die Häuselbauer, die dafür ihre ganze Freizeit geopfert haben. (Maria Weidinger, Pensionistin)

Ganz Reiche sollten einen Beitrag leisten. Das Geld sollten die bekommen, die es dringend brauchen, z.B. Eltern, um sich die Zahnregulierung ihrer Kinder leisten zu können. (Eva Toma, Hausfrau)



Ich denke, wer Geld in Österreich verdient, zahlt schon genug Steuern. Es sollte aber verhindert werden, dass dieses Geld ins Ausland verbracht wird. (Albin Beichler, Unternehmer)



Wenn Vermögen auf Kosten anderer geschaffen wurde, bin ich dafür. Der Lebensstandard der Reichen bliebe ja gleich. Soziale Spannungen würden so abgebaut. (Di Georgiois Tzivanopoulos, Privatangestellter)



Wer sich sein Vermögen von klein auf ehrlich erarbeitet hat, sollte nicht dafür bestraft werden. Eine Erbschafts- und Schenkungssteuer fände ich aber durchaus fair. (Emanuel Hirsch, Pfleger in Ausbildung)

